



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 13.09.2023, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Vorstellung Bündnis der freien Kulturinstitutionen
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie ruft Tagesordnungspunkt 1 auf und stellt die Sprecherin und den Sprecher des Bündnisses der freien Kulturinstitutionen vor.

Es erfolgt die Vorstellung des Bündnisses der freien Kulturinstitutionen durch die Initiatoren. Ein gemeinsamer Dialog untereinander sowie mit Politik und Verwaltung sei wichtig und nötig, so der **Sprecher** des Bündnisses. Unterschiedliche Institutionen haben sich zusammengeschlossen. Es gebe gemeinsame Probleme und Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung in Ludwigsburg. Er dankt für die Möglichkeit zur heutigen Vorstellung. Die Institutionen spüren keine Lobby und bekommen diese nicht wiedergespiegelt. Er fordert dazu auf, gemeinsam daran zu arbeiten. Nüchtern betrachtet, werde es in den kommenden Jahren vier Institutionen des Bündnisses nicht weitergeben, sofern sich die Situation nicht ändere. Die Probleme seien teilweise tiefgründig. Es gehe nicht nur um die Institutionen, die sich dem Bündnis angeschlossen haben, sondern perspektivisch Kulturpolitik zu gestalten und voranzutreiben. Weiter geht er auf die Zuschüsse ein. Alle Institutionen des Bündnisses haben zuletzt eine Erhöhung im Jahre 2012 erhalten, der Jazzclub beispielhaft zuletzt 2001. Andere vergleichbare Städte, wie beispielsweise Esslingen, haben einen dynamisierten Zuschuss bewilligt. Ulm und Freiburg habe während Corona die Zuschüsse nicht gekürzt, sondern für alle Kulturinstitutionen erhöht. In Ludwigsburg erhalte man häufig den Ratschlag weniger Angebote anzubieten.

Dieser Ratschlag sei kontraproduktiv, da dann keine Querfinanzierung mehr möglich sei, fügt die **Sprecherin** des Bündnisses hinzu. Angebote einzusparen, betreffe auch die Infrastruktur. Ein institutioneller Zuschuss sollte eigentlich für die Mieten und das Personal ausreichen, tue er aber nicht. Die freien Kultureinrichtungen seien nicht an den TVöD gebunden. Es werde häufig am Personal gespart, da die Kosten nicht an die Teilnehmenden weitergegeben oder Gebühren erhöht werden können. Der ganzen Stadtgesellschaft solle die Teilhabe am kulturellen Angebot ermöglicht werden. Weiter geht sie auf den Fachkräftemangel ein. Langjährige Mitarbeitende sehen keine Perspektive und verlassen die Institution. Das Thema Transparenz sei sehr wichtig. Ein Großteil der städtischen Zuschüsse müsse in Form von Miete zurückbezahlt werden. Hier sollen Lösungen einer internen Verrechnung gefunden werden. Die Institutionen seien auch in der Stadtentwicklung aktiv und sollen bei der Stadtentwicklungsplanung mitgedacht werden. Wirtschaftsförderungen sollen

strategisch aufgebaut werden. Bei der Wirtschaftsansiedlung solle die Förderung der Kultur bereits angesprochen werden.

Man wolle gemeinsam mit der Verwaltung Formate generieren, um auf die freie Wirtschaft zuzugehen, so der **Sprecher** des Bündnisses. Ein großes Potential sehe er auch in der bundes- und europäischen Kulturförderung. Die Anträge seien teilweise komplex und kompliziert. Er

TOP 1 Vorstellung Bündnis der freien Kulturinstitutionen
- mündlicher Bericht

appelliert, in der Verwaltung eine entsprechende Stelle einzurichten. Das Bündnis wolle gerne beratend unterstützen. Für monetäre Signale an die Bürgerschaft brauche man die Einbindung der lokalen Wirtschaft. Das Bündnis wünscht sich mehr Einbindung in die städtische Kulturpolitik, beispielhaft nennt er die Handlungsfelder und das angesetzte Kulturgespräch. Das Bündnis wolle involviert und gehört werden. Man wünscht sich eine gemeinsame Kulturarbeit.

Das Bündnis spreche nur für einen Teil der Kulturlandschaft, merkt EBMIn **Schmetz** an. Die Zusammensetzung des Kulturgesprächs solle breit aufgestellt sein, jedoch sei auch hier nur eine begrenzte Teilnehmerzahl möglich. Das Gesprächsangebot und der Gesprächsbedarf des Bündnisses werde wahrgenommen. Stadtentwicklung und Kultur passen zusammen und dies wird bereits beim Franck-Areal gelebt. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** lobt die Ideen und Lösungsvorschläge des Bündnisses und das Engagement. Die weiteren Kulturtreibenden können sich noch anschließen. Die Stadt habe eine gigantische Kulturlandschaft. Sie sieht ebenso Querschnitte bei der Stadtentwicklungsförderung. Eine Steuererhöhung sei nicht auszuschließen, merkt sie an.

Stadtrat **Meyer** weist auf die zahlreichen Einbringungsmöglichkeiten hin. Der Ausschuss beschäftige sich mit einer großen Bannbreite an Themen. Viele Institutionen seien im Bündnis nicht vertreten. Er könne sich vorstellen, dass durch eine Art Stadtverband für Kultur ein Sprachrohr geschaffen werden könne. Einer Verbesserung des Dialogs stehe er offen gegenüber. Im Sinne der Stadtgesellschaft solle besser zusammengewirkt werden. Er weist auf die derzeit schwierige wirtschaftliche Situation hin. Im Haushalt werden transparent Mieten und institutionelle Förderungen aufgezeigt. Weiter spricht er die Möglichkeit an, Fördermittel aus Wirtschaft oder Landesmitteln sowie Bürgerstiftungen zu akquirieren.

Stadtrat **Weiss** lobt den Zusammenschluss. Sport und Kultur sind wichtige Faktoren für die Gesellschaft. Kulturförderung müsse machbar sein. Beziehungen zum Land müssen hergestellt werden, um die Kultur zu unterstützen. Infrastrukturelle Maßnahmen und finanzielle Unterstützung können heute jedoch nicht zugesagt werden. Man habe viele Prioritäten, wie Geflüchtete, Brandschutz, Klima, Kita und Schulen gerecht umzusetzen. Man werde positiv im Gespräch bleiben.

Der Zusammenschluss sei ein wichtiges Signal, merkt Stadtrat **Prof. von Stackelberg** an. Die Kulturlandschaft in Ludwigsburg sei sehr vielfältig. Das Bündnis zeige nur einen Ausschnitt der Kulturtreibenden. Er frage, wie sich das Bündnis gefunden habe. Bisher entscheide das Gremium über einzelne Anträge. Generell solle man sich über eine Bündelung im Sinne eines Stadtverbandes Gedanken machen. Kultur sei ein wichtiger Standortfaktor und ein gesellschaftlicher Kitt. Der Städtetag habe einen festen Zuschuss empfohlen. Dies sei ein sinnvoller Richtwert. Die kommunalen

Mittel seien begrenzt und oft gebunden durch feste Zuschusszusagen. Für neue Ideen und Entwicklungen gebe es deshalb keine zusätzlichen Mittel. Viele Kommunen haben feste Institutionen mit ständigen Angeboten, wie Orchester und Theater. Dies gebe es in Ludwigsburg nicht. Gemeinsam müsse über die Kultur in Ludwigsburg nachgedacht werden. Seine Fraktion werde gerne unterstützen und kooperieren.

Das Bündnis erwecke den Eindruck, dass der Gemeinderat und die Verwaltung auf Distanz zu den freien Kulturinstitutionen gehe, meint Stadtrat **Heer**. Dies treffe nicht zu, seine Fraktion stehe zur Kulturstadt Ludwigsburg und werde dies weiterhin unterstützen. Corona habe bei den Kulturbetrieben drastische Spuren und negative Folgen sowie finanzielle Auswirkungen hinterlassen, jedoch nicht nur dort. Nicht alle finanzielle Forderungen können erfüllt werden. Hierin sehe er jedoch keinen Vertrauensverlust. Kunst und Kultur habe einen Rückhalt und eine

TOP 1 Vorstellung Bündnis der freien Kulturinstitutionen
- mündlicher Bericht

große Wertschätzung in der Politik. Die Bündnispartner sind selbständige Einrichtungen und handeln in eigener Verwaltung. Die Kulturangebote in der Stadt gehen weit über das Bündnis hinaus, merkt er an. Kulturpolitik werde im Dezernat erarbeitet und beschränke sich nicht allein auf das Bündnis. Seine Fraktion sei offen für die Kulturarbeit und werde dies im Rahmen der finanziellen Möglichkeit unterstützen. Er freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit den kulturtreibenden Vereinen. Die Einrichtung eines Stadtverband könne seine Unterstützung finden.

Die **Sprecherin** des Bündnisses geht auf die Frage zur Zusammensetzung und Bündnisfindung ein. Die Gruppe sei nicht geschlossen und eine Teilnahme jederzeit möglich. Es gehe um freie, unabhängige Kultureinrichtungen mit städtischem institutionellem Zuschuss. Hier gebe es viele Schnittmengen und gemeinsame Interessen. Man stehe im engen Austausch auch mit anderen Institutionen und wolle die Interessen aller Kulturschaffenden vertreten. Das Bündnis habe sich am Stadtverband Musik und Stadtverband Sport orientiert. Insgesamt müssen gemeinsam neue Wege gefunden werden, um die Kultureinrichtungen zu stärken.

Stadträtin **Moersch** lobt den Zusammenschluss. Die Idee sei brilliant. Sie fragt, ob eine Sprecherfunktion mit Wirkung nach außen eingerichtet sei. Ein Ansprechpartner sei für die Verwaltung wichtig.

Mit dem Stadtverband Musik solle Kontakt aufgenommen werden, empfiehlt Stadträtin **Seyfang**. Die Musik sei auch ein Teil der Kulturschaffenden. Sie könne sich eine große Runde vorstellen.

Die heutige **Sprecherin** und der heutige **Sprecher** sagen zu, dass sie auf unbestimmte Zeit Ansprechpartner des Bündnisses bleiben.

EBMin **Schmetz** dankt und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 2 Betreuung von Geflüchteten:

TOP 2.1 Bericht zur Integration von Geflüchteten in
Ludwigsburg
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch den **Leiter** und eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Sie gehen ebenfalls auf die Inhalte der Vorlage 218/23 ein.

Das Land diskutiere über eine Begrenzung der Migrationsberatung auf drei Jahre, ergänzt EBMin **Schmetz**. Solange die Menschen wegen Wohnraummangels in der Unterkunft bleiben müssen, sei diese Frist fatal. Dort seien die Lebensbedingungen beengt und schwierig. Manche Personen brauchen für eine längere Zeit eine Betreuung. Erschwerend komme hinzu, dass der Bund eine Streichung der Mittel für die Migrationsberatung diskutiere. Mehr als 50% der Beratung werde damit künftig wegfallen. Man habe alle Bundestagsabgeordnete angeschrieben und hoffe auf

TOP 2.1 Bericht zur Integration von Geflüchteten in
Ludwigsburg
- mündlicher Bericht

Bundesebene einwirken zu können. Sie bittet auch um Einflussnahme auf Landesebene, soweit dies möglich sei. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Shoaleh** dankt allen Beteiligten. Den Geflüchteten soll ein menschenwürdiges und selbstverantwortliches Leben ermöglicht werden. Die Flüchtlingssozialarbeit sei heute ein wesentlicher Teil der Migrations- und Integrationsarbeit. Eine erfolgreiche Flüchtlingssozialarbeit stärke den gesellschaftlichen Zusammenhalt und agiere präventiv, weitere gesellschaftliche Konflikte zu vermeiden und Folgekosten zu senken. Den Sozialarbeitenden müsse Zeit für Qualifizierung, Vernetzung, Reflektion und Konzeptionierung eingeräumt werden. Der Betreuungsschlüssel sei bisher schon sehr hoch gewesen. Die Qualität und Ziele können so nicht erreicht werden. Sie geht auf den Fachkräftemangel ein und fragt nach der Vergütung. Sie werde der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat **Meyer** spricht ebenso seinen Dank an alle Beteiligten aus. Die gesamtstädtische Situation werde widerspiegelt. Die Dauer in den Anschlussunterbringungen steige deutlich an, da kaum Abfluss in den freien Wohnungsmarkt stattfinden kann. Er weist darauf hin, dass auch die Bürgerschaft Wohnraum suche und Beratung brauche. Der Bund müsse die Zahlen reduzieren und dürfe nicht die Kommunen allein lassen. Durch den Ukraine- Krieg sei die Situation noch verschärft worden. Es müsse Klarheit in der Finanzierung, nicht nur zur Beratung, sondern auch hinsichtlich Unterbringung, geschaffen werden. Diese Diskussion habe man permanent mit der Bevölkerung. Die Strukturen müssen verbessert werden. Die individuellen Integrationspläne seien sehr aufwendig. Auch Workshops zum Bildungssystem und weiterer Angebote können beratend helfen. Er fragt, inwieweit die Geflüchteten in die städtischen Strukturen integriert werden. Zudem solle Integration durch Arbeit verstärkt werden, hier könne ebenso Sprache erlernt werden. Sprachkurse sollten auch

halbtags angeboten werden. Er will wissen, ob es genug Sprachkurse gebe, auch für Analphabeten. Zudem fragt er nach den Angeboten des Kreises. Bei aller Wertschätzung müsse immer die Gesamtbevölkerung beachtet werden. Auch hier gebe es Beratungsbedarf.

EBMin **Schmetz** merkt an, dass sie die Angebote auch für die Bevölkerung fordere.

Die Machbarkeitsgrenze müsse diskutiert werden, merkt Stadtrat **Weiss** an. Man rede heute von Ist-Zuständen. Die Zuwanderung werde weiter zunehmen. Die Belastung sei hoch. Er dankt allen Beteiligten. Die Motivation in der Bevölkerung gehe zurück, so sein Eindruck. Viele nicht berechnete Asylsuchende erscheinen nicht zu vereinbarten Terminen, bemängelt er. Man brauche eine kontrollierte Zuwanderung. Auch die Anreize für Wirtschaftsflüchtlinge müssen reduziert werden. Er geht auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung hinsichtlich des Bürgergeldes ein. Es solle bereits in der Vorschule eine Prüfung der Sprache erfolgen. Hierzu werde mehr Personal gebraucht. Er verlangt von den Kommunen einen Brandbrief an die Bundepolitik. Die Machbarkeitsgrenze in den Kommunen und der Bürgerschaft sei erreicht.

Die Probleme seien da und werden gesehen, meint Stadträtin **Liepins**. Sie habe keine Lösungsvorschläge, jedoch sei man in Ludwigsburg an der Grenze, sofern im kommenden Jahr weitere Geflüchtete ankommen. Man habe keinen Wohnraum für die Geflüchteten und die Bürgerschaft. Es mangle an Ärzten, Erziehern und Lehrern sowie Sozialarbeitern. Der Bürgerschaft könne schwer erklärt werden, wenn es für sie keinen Wohnraum oder Kitaplätze gebe. Sie fragt, welche Konsequenzen es habe, wenn der Vorlage nicht zugestimmt werde. Sie befürchtet, dass sich der höhere Betreuungsschlüssel negativ auf das Personal auswirke. Die Beratungen der Stadt seien enorm wichtig. Dennoch gebe es auch Angebote des Job-Centers. Aufgrund des dortigen Personalmangels kann man dort die Beratung jedoch nicht umfangreich anbieten. Die Hälfte der Geflüchteten sei aus der Ukraine. Sie geht auf die Kitaplätze ein und fragt

TOP 2.1 Bericht zur Integration von Geflüchteten in
Ludwigsburg
- mündlicher Bericht

nach dem Verhältnis der nichtaufgenommenen Kinder aus Flüchtlingsfamilien zu den nichtaufgenommenen Kindern aus der Bürgerschaft.

Mit dem russischen Angriffskrieg habe sich die Situation und die Rahmenbedingungen für die Geflüchteten stark verändert, sagt Stadtrat **Heer**. Die Stadt unternehme massive Anstrengungen in der Betreuung und Unterstützung. Menschenwürdige Unterbringung und Betreuung werde seit Jahren gewährleistet. Man sei eine weltoffene Stadt und hoffe auf ein friedliches Zusammenleben und habe dies mit dem Beitritt „Sichere Häfen“ unterstrichen. Die weiteren Zunahmen seien eine enorme Belastung. Er gehe nicht von abnehmenden Zahlen aus. Deutschland sei ein Zufluchtsort. Zu einer gelungenen Integration gehören Betreuung und Sprachkurse. Das Land und der Bund müssten stärker in die finanzielle Verpflichtung genommen werden. Die Flüchtlingswelle außerhalb Europas werde Probleme mit sich bringen. Man könne nicht alle Menschen aufnehmen. Er werde der Vorlage zustimmen.

EBMin **Schmetz** erteilt einem Vertreter des Integrationsrats das Wort. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Der **Sprecher** des Integrationsrats äußert Unmut über hohe Hürden bei der Anerkennung von Abschlüssen für Zugewanderte. Man müsse Einfluss auf Landes- und Bundespolitik nehmen.

Stadtrat **Meyer** äußert sich zum Wortbeitrag des Vorredners und mahnt dessen Wortwahl an. Er bittet bei Stellungnahmen bei der Sache zu bleiben. Deutschland brauche ausgebildete Einwanderer, die ohne Unterstützungsaufwand durch Sozialarbeit in den Arbeitsmarkt aufgenommen werden. Die Hilfe für Geflüchtete sei eine humanitäre Leistung. Weiter weist er auf die hohe Anzahl gut ausgebildeter Auswanderer hin. Hierzu müsse sich die Politik ebenso Gedanken machen.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Viele Themen müssen auf Bundes- und Landesebene geklärt werden. Die Ergebnisse müssen vor Ort für die Kommunen handhabbar sein. Man habe einen hohen Wohnraummangel. Zudem seien die Mieten hochpreisig. Die Aufnahmen der Kinder laufe über die Anmeldungen, Fünfjährige werden vorgezogen, damit der Spracherwerb für die Schule gesichert werde. Die Anmeldesituation sei derzeit sehr angespannt. Die Kürzungen in den Beratungsleistungen gebe es auch beim Landkreis. Die vorläufige Unterbringung wird vom Landkreis betreut. Die Vhs könne nicht mehr Sprachkurse anbieten, da die Räumlichkeiten nicht gegeben seien. Man schaue in den Integrationskursen nach Grundkompetenzen und überlege künftig eventuell einen Kurs zur Altenpflege anzubieten.

Lücken bei den Regeldiensten müssen mit aufgefangen werden, teilt der **Leiter** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport mit. Der Betreuungsschlüssel sei sicherlich auch ein Kriterium für eine Jobbewerbung. Stuttgart habe einen Betreuungsschlüssel von 1:90. Die Bezahlung liege bei S12 TVöD-SE. Die städtischen Angebote seien stadtteilbezogen und werden noch weiter ausgebaut.

Die Menschen in der vorläufigen Unterkunft seien mittlerweile nur noch zwei Monate dort untergebracht, 2016 lag die Dauer bei 2 Jahren, merkt die **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport an. Dadurch werde weniger Sozialarbeit durch den Landkreis übernommen. Die Kommune müsse dann mehr grundlegendere Themen übernehmen. Viele Ludwigsburger Arbeitgeber zeigen Beschäftigungsinteresse, dies wolle man fördern. Hemmschwellen seien unter anderem die Anerkennung von Schulabschlüssen und Sprachbarrieren. Für eine Ausbildung seien Deutschkenntnisse auf B2-Niveau erforderlich.

TOP 2.1 Bericht zur Integration von Geflüchteten in
Ludwigsburg
- mündlicher Bericht

Stadtrat **Heer** geht auf die räumliche Unterbringung von Kursen ein und schlägt vor, nachmittags die Räumlichkeiten in den Schulen zu nutzen.

Der Nachmittagsunterricht an den Schulen kollidiere mit den vierstündigen Nachmittagskursen, merkt EBMin **Schmetz** an. Die Unterbringung in den laufenden Schulbetrieb mit Ganztagsangeboten sei schwierig. In den Abendkursen nutze man bereits die Schulräume. Man sei ständig in der Akquise, auch bei kirchlichen Räumlichkeiten und bei Kinder- und Familienzentren. Weiter geht sie auf die Forderung von Stadtrat Weiss nach einem Brandbrief ein. Im Städtetag gebe es Abstimmungen zwischen den Bürgermeister*innen. Es werde deutlich auf die Belastungsgrenzen der Kommunen hingewiesen. Entsprechende Unterlagen lasse sie dem Gremium zukommen.

In den B1- und B2-Kursen seien viele promovierte und gut ausgebildete Teilnehmende, merkt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** an. Man müsse die Menschen schneller in Arbeit bringen, sobald ihre Abschlüsse anerkannt sind. Eine entsprechende Beratung biete die IHK an. Zudem gebe es noch weitere Beratungsmöglichkeiten, wie die türkische Wirtschaftsförderung. Sie fragt, warum die Stadt darüber hinaus auch Beratungen anbiete. Weiterer Spracherwerb könne auch an der Arbeitsstelle und im Zusammenhang mit einer Tätigkeit organisiert werden. Die Menschen sollen nicht jahrelang im Sprachunterricht gehalten werden.

Das Thema sei sehr komplex, merkt EBMin **Schmetz** an und entspreche nicht der Situation in den Einrichtungen. Die Geflüchteten kommen bereits nach kurzer Zeit in die Kommunen und haben erst eine Grundorientierung erhalten. Im Team erfolge die Beratung teilweise muttersprachlich oder ein Dolmetscherdienst wird einbezogen. Die IHK sei auf ihre eigenen Betriebe ausgerichtet und bereits ausgelastet. Diese Idee solle im Gemeinwesen stärker ausgebaut werden.

Das Integrationskonzept, der Arbeitsmarkt und die Wohnungsmarktsituation müsse separat diskutiert werden, so Stadträtin **Shoaleh**. Der Integrationsrat hat eine hohe fachliche Kompetenz und solle einbezogen werden. Sie habe sich in ihrem Wortbeitrag auf die Vorlage und den Betreuungsschlüssel bezogen.

EBMin **Schmetz** lässt sodann über die Vorlage 218/23 abstimmen.

Beschluss:

Das Betreuungsverhältnis zwischen Sozialarbeiter*innen und Geflüchteten in den Anschlussunterbringungen der Stadt wird für den Zeitraum 2024-2029 angepasst: von aktuell 1:80 auf einen „Korridor“ von 1:80-100.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Siehe Tagesordnungspunkt 2.1.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch den **Leiter** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport. Der Sozialdatenatlas wird praxisnah vorgestellt. Im Fokus stehen im heutigen Vortrag die Sozialdaten zum SBG II, SGB XII, Jugendgerichtshilfe und Migrationshintergrund hinsichtlich der Aufteilung in den Stadtteilen. Auffallend liegen die Stadtteile Grünbühl-Sonnenberg, Eglosheim, Ost und Mitte über dem Durchschnitt. In den Stadtteilen Grünbühl-Sonnenberg und Eglosheim werde bereits explizit Sozialarbeit geleistet. Der Fokus müsse dort weiterhin gesetzt werden, Mitte und Ost müsse beobachtet werden. Bei der Kategorie Altersstruktur gebe es in Grünbühl-Sonnenberg überdurchschnittlich junge Menschen.

In Mitte und Ost sei die Zugänglichkeit zur zentral gelegenen sozialen Infrastruktur deutlich einfacher, fügt EBMIn **Schmetz** hinzu. Die Indikatoren werden beim Prozess „Räumliche Perspektive“ mitbetrachtet. Sie eröffnet die Aussprache.

Die Aufbereitung sei gut und die Erkenntnisse sollen weiterverarbeitet werden, merkt Stadtrat **Meyer** an. Bei Förderungen solle künftig die Verbindung zum Sozialdatenatlas hergestellt werden.

Die Anregung werde gerne aufgenommen, so EBMIn **Schmetz**.

Beschluss:

Die Kultur- und Sportvereinigung Hoheneck e.V. erhält für die Errichtung einer Beregnungsanlage für drei Tennisplätze bei anrechenbaren Kosten in Höhe von gerundet 21.600 € einen Zuschuss in Höhe von 30 % der Kosten, höchstens jedoch 6.500 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMIn **Schmetz** die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand- Hebenstreit** verweist auf die nachhaltige Kommunalentwicklung im Bereich Sport. Hierüber können Beratungsangebote in Anspruch genommen werden. Dies würde von der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg angeboten. Sie wünscht hierzu mehr Öffentlichkeitsarbeit.

Stadträtin **Seyfang** signalisiert ihre Zustimmung. Die Anlage müsse gepflegt werden.

EBMIn **Schmetz** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Reit- und Fahrverein Ludwigsburg-Monrepos e.V. erhält in den Jahren 2023 und 2024 jeweils 12.650 € Zuschuss pro Jahr für die Kosten, die bei die Nutzung des Reitgeländes am Monrepos entstehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMIn **Schmetz** die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** kritisiert das Konstrukt des Erbbauvertrages. Der Verein solle direkt einen Vertrag mit der Hofkammer abschließen. Sie wünscht mehr Transparenz und fragt nach den tatsächlichen Kosten für die Stadt. Die städtische Dienstleistung solle nicht weiter aus der Historie heraus erbracht werden. Man müsse in die Verhandlung gehen. Sofern der Vertrag so bleibe, sollen entsprechende Gebühren erhoben werden. Ihre Fraktion werde sich enthalten.

Stadträtin **Liepins** geht auf die ausführliche Diskussion im Bauausschuss ein. Hier habe man sich auf eine Verlängerung bis Ende 2024 geeinigt. Danach solle neu verhandelt werden.

Im Rahmen der Sportförderung könne weiterhin ein Zuschuss erfolgen, meint Stadtrat **Meyer**. Er geht mit den Ausführungen der Vorrednerin mit.

Man habe für die nächsten zwei Jahre einen Kompromiss erreicht, führt EBMIn **Schmetz** aus. Sie lässt über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Anstatt eines Jahresberichtes werde die Jahresumfrage vorgestellt, teilt EBMin **Schmetz** mit. Die Kinder- und Familienzentren kennen den sozialräumliche Situation und seien in allen Stadtteilen vertreten. Viele Probleme habe es schon immer gegeben, Corona habe diese jedoch verschärft.

Es erfolgt ein Bericht durch einen **Mitarbeiter** und eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Bildung und Familie und eine **Vertreterin** der AWO anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Man wolle schnell den Maßnahmenplan erstellen, das Zeitziel November jedoch könne vermutlich nicht eingehalten werden, meint EBMin **Schmetz**. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** dankt für die Erstellung und Vorstellung der Umfrage. Die modellhafte Darstellung bilde das Gesamtbild gut ab. Sie fragt, ob die Kampagne zur Personalgewinnung Erfolge gebracht habe. Ebenso fragt sie nach einer Nachwuchsakquise für Integrationshilfen. Die Kinder seien die Zukunft der Stadt. Viele Familien nutzen ihre Ansprüche jedoch nicht. Für die Hilfsangebote gebe es teilweise lange Wartezeiten. Auffälligkeiten sollten bereits bei den U-Untersuchungen diagnostiziert werden.

Das Bild zeichne die Realität ab, sagt Stadträtin **Seyfang**. Die Pandemie habe die emotionalen und sozialen Auffälligkeiten befeuert. Hierfür gebe es keine katalogisierten Diagnosen. Die Arbeit in den Kitas sei sehr gut. Die Eltern müssen jedoch auch mitwirken. Man brauche gut ausgebildetes Personal in den Kitas mit Heilpädagogen, Logopäden und Ergotherapeuten. So könne vieles in den Alltag einfließen. Sie fragt, ob Kinder mit einem erhöhten Bedarf, die keine Eingliederungshilfe erhalten, aus dem Fonds Jugend und Bildung unterstützt werden können.

Stadträtin **Moersch** sieht den Bericht alarmierend. Die Arbeit in den Einrichtungen sei herausfordernd, wertvoll und sehr wichtig. Viele Einflüsse kommen aus dem Elternhaus. Manche Eltern lehnen die Hilfe ab und wollen keine Datenfreigabe und Schweigepflichtentbindung erbringen. Hier müsse mehr informiert werden. Eltern verdrängen und leugnen häufig die Auffälligkeiten. Hier seien großes Einfühlungsvermögen und Achtsamkeit sowie Vertrauensaufbau und Gespräche mit den Eltern gefragt.

Tendenzen für die weiteren Planungen seien ablesbar, merkt Stadtrat **Prof. von Stackelberg** an. Viele Themen gehören zum Tagesgeschäft und sind im Alltag enthalten. Sprachschwierigkeiten und das Elternhaus erschweren die Situation. Der erhöhte Förderbedarf sei sichtbar und nur mit mehr geschultem Personal umsetzbar. Alle Träger sollen mitgenommen und gemeinsam müssen Modelle geschaffen werden.

Stadtrat **Heer** berichtet aus eigenen Erfahrungswerten. Weitere Faktoren wie intellektuelle Defizite oder das soziale Umfeld, werden bereits im Kindergartenalter erkannt und sollten möglichst einer medizinischen oder psychologischen Betreuung zugeführt werden. Die Auswirkungen zeichnen sich in der Grundschule durch Verhaltensauffälligkeiten oder Leistungsschwäche ab. Hierfür gebe es in

Ludwigsburg zwei Schulen. Die Nachfrage dort nehme zu. Seiner Meinung nach sei dies nicht coronabedingt. Die Förderung zu Hause sei nicht entsprechend umgesetzt worden, meint er. Der Erfolg liege in der Aufklärungsarbeit zu den Fördermöglichkeiten. Viele Eltern wollen den Förderbedarf der Kinder nicht sehen.

TOP 2.1 Bericht zur Integration von Geflüchteten in
Ludwigsburg
- mündlicher Bericht

Die Eltern seien ein wichtiger Faktor, sagt EBMin **Schmetz**. Die Familiensituation, die Wohnverhältnisse, wirtschaftliche Risiken oder eine Belastung durch pflegebedürftige Angehörige können eine Rolle spielen. Deutlich merkt sie an, dass eine Behinderung nichts mit prekären Lebensverhältnissen zu tun habe. Man habe festgestellt, dass die Anzahl der Kinder mit seelischer Behinderung zugenommen habe. Die Pandemie habe sich auf das Sozialverhalten ausgewirkt. Man sei im Gespräch mit allen Trägern und dem Kreis. Die Personalkampagne sei sehr erfolgreich gewesen. Aus einer Erkenntnis daraus habe man die Fortbildung über die Vhs für die Schulfremdenprüfung entwickelt. Die Kampagne sei bereits im Ausschuss vorgestellt worden.

TOP 7 Vorstellung des Elternportals
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch einen **Mitarbeiter** des Fachbereichs Bildung und Familie anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Im Vergleich zu vergleichbaren Städten biete Ludwigsburg als einzige ein System, in dem sowohl Schulkindbetreuung, Ferienbetreuung und Mittagessen und Kinderbetreuung im frühkindlichen Bereich gebucht werden können, ergänzt EBMin **Schmetz**.

Stadträtin **Wiedmann** lobt das Portal. Sie fragt, ob die Unterschrift und der Vertragsabschluss ebenso digital erfolge und wie die Eltern vorab informiert werden.

Stadtrat **Meyer** wünscht einen erneuten Bericht in einem halben Jahr.

Stadträtin **Moersch** lobt ebenso das Portal und die einfache Handhabung.

Derzeit laufe die Anmeldung noch nicht komplett digital, merkt EBMin **Schmetz** an. Die Eltern erhalten von der Verwaltung ein Antwortschreiben zugeschickt. Eine digitale Unterschrift sei momentan noch nicht möglich. Eltern, die keine digitale Möglichkeit haben, können weiterhin die Papierform wählen. Im Zuge des Anmeldeverfahrens weisen die Kitas auf das Portal hin. Die Prüfung und Kontrolle des bisherigen Anmeldebogens habe viel Zeit gekostet. Dies erfolge künftig automatisch und man erreiche dadurch eine enorme Arbeitserleichterung.

Beschluss:

1. Die Zuwendung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH i.H.v. 16.000,00 € wird angenommen (Ifd. Nr. 34)
2. Alle weiteren in der Anlage 1 aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen werden gesammelt angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Liepins
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem das Gremium auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.